



FACT SHEET: Die Vereinigten Staaten und das Kyoto Protokoll

“Eine intakte Umwelt und Erde ist für die Vereinigten Staaten von Amerika ein bedeutendes Anliegen – es ist ein Thema, das allen Nationen der Erde am Herzen liegen sollten. Die US Regierung fühlt sich hinsichtlich der Problematik des Klimawandels ihrer Führungsrolle verpflichtet. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst und werden sie auch wahrnehmen, nicht nur in den USA, sondern auf der ganzen Welt.” - Präsident George W. Bush

Am 29. März 2001 stiegen die Vereinigten Staaten unter der Regierung von Präsident Bush aus dem 1997 ausgehandelten Kyoto Protokoll zum Internationalen Klimaschutz aus.

Die Regierung der Vereinigten Staaten fühlt sich zutiefst der Entwicklung einer wirksamen Politik verpflichtet, mit der den Problemen der globalen Klimaerwärmung begegnet werden kann. Die USA sind jedoch der Ansicht, dass das Kyoto Protokoll schwerwiegende Mängel aufweist, und keine geeignete Strategie darstellt, um zum Schutz der Umwelt echte Lösungen zu finden.

Das Kyoto Protokoll bringt keine langfristige Lösung für das Problem der globalen Klimaerwärmung. Die Ziele des Kyoto Protokolls wurden nicht auf wissenschaftlicher Basis erstellt, sondern sind das Ergebnis politischer Verhandlungen. Sie sind daher willkürlich und von ihrer Natur her wirkungslos. Darüber hinaus sind viele Länder der Erde gänzlich vom Kyoto Protokoll ausgenommen, wie zum Beispiel China und Indien, die allerdings zu den fünf weltgrößten Produzenten von Treibhausgasen gehören. Ausserdem ist anzunehmen, dass das Kyoto Protokoll signifikante Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben könnte.

Aus diesem Grund hat Präsident Bush kurz nach seinem Amtsantritt eine Arbeitsgruppe auf Kabinettsebene eingerichtet, um eine wirkungsvolle Strategie für den Umgang mit globalen Klimaveränderungen zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ist eine Energiepolitik, die die Ernsthaftigkeit und die Vernünftigkeit der zukünftigen US-Umweltpolitik widerspiegelt.

Als Folge der von dieser Arbeitsgruppe präsentierten Vorschläge, stellte Präsident Bush im Februar 2002 das “Clear Skies and Global Climate Change Initiatives” Programm vor. Durch dieses Programm wird Folgendes für den globalen Klimaschutz erreicht:

- Bis zum Jahr 2018 werden die Emissionen der drei verheerendsten Luftschadstoffe um 70 Prozent gesenkt.
- Amerika verpflichtet sich, in den nächsten zehn Jahren die Treibhausgasintensität um 18 Prozent zu senken.
- Ziele vergleichbar mit denen des Kyoto Protokolls sollen auf der Basis marktwirtschaftlicher Ansätze erreicht werden.

Sowohl die oben genannte Initiative, als auch die zukünftige US-Umweltpolitik konzentrieren sich auf die folgenden Empfehlungen der Arbeitsgruppe:

- **Sicherung eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums.** Die Lösung der Klimaveränderungsproblematik muss auf der freien Marktwirtschaft basieren, damit sie sowohl nachhaltig, als auch umsichtig ist. Es kann nicht im Interesse irgendeines Landes sein, das eigene Wirtschaftswachstum, oder das der Vereinigten Staaten zu gefährden, denn das würde weltweit nachteilige Auswirkungen mit sich bringen. Mit innovativen Strukturen, die sich auf marktwirtschaftliche Anreize stützen, können wir im Bereich des Umweltschutzes Fortschritte erzielen. Die im Rahmen des Kyoto Protokolls festgelegten Bestimmungen basieren auf unflexiblen regulativen Strukturen, die sich investitionsverzerrend auswirken und Milliarden US Dollar für Umweltschutz-Genehmigungen verschwenden würden, und damit keine wirklich positiven Veränderungen für die Umwelt bewirken. Darüber hinaus würden einige Länder riesige Spekulationsgewinne erzielen, die aber nicht auf eine tatsächliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen zurückzuführen wären, sondern auf externe Faktoren, die grundlegende Emissionsquoten gegenstandslos machen würden. Bei regulativen Strategien werden diese Ausgaben auf 2 - 4% des Bruttonationalprodukts der Vereinigten Staaten geschätzt, was ähnliche wirtschaftliche Auswirkungen hätte wie die weltweite Ölkrise in den 1970er Jahren.
- **Die Schaffung echter "globaler Lösungen".** Die Zukunft unserer Umwelt ist keine Angelegenheit, die von einem einzelnen Land oder einer Gruppe von Ländern gelöst werden kann. Die Bemühungen, diese Problematik auf vernünftige und effiziente Weise in den Griff zu bekommen, müssen umfassend und unter Einbeziehung möglichst vieler Länder erfolgen, um dadurch erreichbare, wissenschaftlich fundierte Ziele umzusetzen. Derzeit setzen die Entwicklungsländer mehr Treibhausgase frei als die Industrienationen. Der Treibhauseffekt kann ohne Miteinbeziehung dieses Aspekts nicht wirksam bekämpft werden.
- **Verwendung modernster Technologie.** Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, umfassend in Forschung und Entwicklung zu investieren, und die Privatwirtschaft zu ermutigen, dies auf der Basis von marktorientierten Anreizen ebenfalls zu tun. Die USA beabsichtigen diese Technologien anzuwenden, um ihre Ziele sowohl in der Umwelt- als auch der Energiepolitik umzusetzen, wobei die neue "Climate Change Technology Initiative" den Anfang machen wird. Seit 1990 haben die Vereinigten Staaten mehr als alle Länder der Europäischen Union zusammen für Forschung in diesem Bereich aufgewendet, und sie beabsichtigen, die in diesem Prozess erworbenen Kenntnisse sinnvoll für Amerikas Zukunft in einem internationalen Rahmen anzuwenden.
- **Konzentration auf bilaterale Beziehungen zur Hilfeleistung, besonders in der westlichen Welt.** In Ländern, in denen Demokratie und freie Marktwirtschaft schon gut etabliert sind, haben die Vereinigten Staaten eine wesentlich grössere Chance, die Zukunft in diesem Bereich durch praktische Hilfeleistung zu beeinflussen. Die US Regierung und Präsident Bush arbeiten schon mit mehr als 56 Ländern in Fragen der Energie- und Umweltpolitik zusammen, und zwar besonders dort, wo Kooperation in diesem Bereich am meisten gebraucht wird.

Die Vereinigten Staaten sind sich der Problematik der globalen Erwärmung voll und ganz bewusst, und sind der Verfolgung einer praktikablen und nachhaltigen Politik zur deren Lösung verpflichtet. Die Vereinigten Staaten hoffen, eine durchführbare Lösungsstrategie für dieses schwerwiegende Problem zu finden, das die gesamte internationale Staatengemeinschaft betrifft.